



VON HARTMUT MEINE

Seit einigen Jahren erleben wir eine Politik der angeblichen Reformen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose und sozial Benachteiligte bezahlen und die anderen nützen. Statt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, werden Arbeitslose bestraft, statt sozial Schwächere zu unterstützen wird der Sozialstaat demontiert. Und statt tatsächliche Reformbremser und Lobbyisten anzugehen, werden Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte attackiert.

Reformen heißen Reformen, wenn es besser wird. Die Politik von Rot-Grün verdient nicht das Etikett Reform. Das sind keine Verbesserungen und schon gar nicht Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitslose. Das gilt nicht nur für Rot-Grün, sondern für die Vorschläge von Opposition und aus dem Arbeitgeberlager. Auch das sind keine Zukunftsvisionen, sondern neoliberaler Fundamentalismus. Da soll die Tarifautonomie ausgehebelt, der Kündigungsschutz verschlechtert und Leistungen für sozial Schwächere noch weiter abgesenkt werden. Im Gegenzug sollen Millionäre weitere Steuer geschenke erhalten.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben sich gegen diese Politik des Sozialabbaus zur Wehr gesetzt. Zuletzt mit eindrucksvollen Großdemonstrationen am 3. April in

EuW-Gastkommentar

Die Politik des Sozialabbaus hat keine Mehrheit

Berlin, Stuttgart und Köln. 500 000 Menschen haben ein mächtiges Zeichen gesetzt, dass die politischen Gegner verblüfft hat. Dennoch hat Politik in Berlin diesen Protest und die Forderung nach einem Politikwechsel für mehr Arbeit und Gerechtigkeit ignoriert. Mehr noch: „Mangelnde Kreativität“ warfen der SPD Vorsitzende Müntefering und andere den Gewerkschaften vor. Deshalb machen wir weiter. Wir geben keine Ruhe.

Der Unmut wird mit anderen Mitteln fortgesetzt. Dazu dient das Arbeitnehmerbegehren „Für eine soziale Politik“, das die IG Metall gestartet hat und das die anderen Gewerkschaften aufgegriffen haben. Damit wollen wir für eine andere Politik werben und erneut ein machtvolleres Votum dafür abgeben. Dabei geht es nicht nur darum, Unterschriften in Betrieben und auf Marktplätzen zu sammeln, sondern Alternativen für eine soziale Politik zu diskutieren und öffentlich zu machen. Die neoliberale Politik des Sozialabbaus und der Deregulierung ist kein Sachzwang.

In den fünf Kernbereichen Steuerpolitik, Gesundheitspolitik, Alterssicherung, Arbeitszeit und Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wollen wir Druck ausüben, damit Politik ihre

Richtung ändert. Eine gerechte Steuerpolitik, zum Beispiel durch Einführung der Vermögenssteuer, ist möglich. Eine solidarische Reform des Gesundheitswesens, zum Beispiel durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Krankenversicherung, ist machbar. Die Gewerkschaften haben Konzepte um die Alterssicherung auch ohne die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre zukunftssicher zu machen.

Angesichts fehlender Arbeitsplätze fällt Spitzenmanagern und neoliberalen Politikern nichts besseres ein als Arbeitszeitverlängerung für alle. Dabei weiß jeder, das schafft keine Arbeitsplätze, das kostet massenhaft Jobs. Dazu braucht man keinen wissenschaftlichen Sachverstand, das sagt einem schon der gesunde Menschenverstand. Und schließlich haben wir Konzepte für eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ohne Leistungskürzungen für Arbeitslose, die in neue Beschäftigung und Arbeitsplätze investiert.

Es geht darum deutlich zu machen: Die Politik des Sozialabbaus hat keine Mehrheit in dieser Gesellschaft! Deshalb rufe ich alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, sich am Arbeitnehmerbegehren „Für eine soziale Politik“ zu beteiligen.

Der Aufruf der GEW

Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik

Deutschland im Jahr 2004: Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos.

Tatsächlich fehlen rund sieben Millionen Arbeitsplätze. Über 500 000 Jugendliche finden keinen Einstieg in das Berufsleben. Viele Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind in einem miserablen Zustand. Der Konjunkturmotor stottert und kommt nicht in Fahrt, weil die Nachfrage im Inland und die Kaufkraft schwächelt – nicht nur der Arbeitnehmer, auch der Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Knapp 1 Prozent der Haushalte verfügt insgesamt über mehr als 25 Prozent des Geldvermögens. Über 50 Prozent der Haushalte dagegen kaum über mehr als fünf Prozent. Die sozialen Gräben in der Gesellschaft werden tiefer.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern.

Wir haben politische Alternativen. Wir engagieren uns für eine andere, eine soziale Politik:

- die umweltverträgliches Wirtschaftswachstum fördert,
- die Arbeitslosigkeit bekämpft,



Start des Arbeitnehmerbegehrens in Braunschweig. Auf dem Foto der IGM-Vorsitzende Jürgen Peters (rechts) und andere Funktionäre der IG Metall. Foto: Rudolf Flentje

- die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Männer und Frauen schafft,
- die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung der Menschen ausbaut,
- und die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Die Politik der Neoliberalen und Konservativen setzt auf Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben. Die Folge: Die Armen

werden immer ärmer – die Reichen immer reicher.

Und Rot-Grün hält nicht dagegen. Im Gegenteil.

Mit Volldampf in die Sackgasse

Die Bundesregierung hat die Steuern massiv gesenkt. Doch entlastet werden vor allem die oberen Einkommen und Unternehmen. Allein durch die Senkung des Spitzensteuersatzes

zes werden dem Einkommensmillionär 2005 mehr Steuern geschenkt als der Normalarbeitnehmer jährlich verdient, nämlich 67 000 Euro.

Auch in der Gesundheitspolitik geht es zu unseren Lasten: Zahnersatz und Krankengeld zahlen wir zukünftig allein. Hinzu kommen heute schon höhere Zuzahlungen und 10 Euro „Eintrittsgeld“ beim Arzt.

Bei der Rente heißt es zukünftig: Weniger Geld im Alter durch den „Nachhaltigkeitsfaktor“, durch volle Beiträge zur Pflegeversicherung und durch volle Krankenversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten. Selbst die Rente ab 67 ist noch nicht vom Tisch.

Bei der Arbeitszeit soll das Rad der Geschichte zurückgedreht werden: 40 oder gar 42 Stunden in der Woche. Die Zauberformel lautet: „Länger arbeiten – am besten unbezahlt!“ Da gehen öffentliche und private Arbeitgeber Hand in Hand, und da finden sich Befürworter aus dem rot-grünen wie aus dem schwarz-gelben Lager. Kaum zu glauben: Diejenigen, die Arbeit haben, sollen noch länger arbeiten, während Millionen Arbeitslose keine Beschäftigung finden.

Die Arbeitsmarktreformen stecken in der Sackgasse. Ihre Umsetzung stößt auf organisatorische Schwierigkeiten und die Richtung ist falsch. Die Ausweitung des Niedriglohnssektors, eine stärkere Lohnspreizung und die Senkung des Lohnniveaus soll angeblich die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Scheinalternativen und Sozialabbau pur!

Die traurige Realität: Sozialabbau erleben wir seit langem, aber Arbeitsplätze wurden dadurch nicht geschaffen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird für rund 80 Prozent der Langzeitarbeitslosen mit drastischen finanziellen Einbußen verbunden sein.

Durch „Ich-AGs“, Minijobs und Leiharbeit werden existenzsichernde Arbeitsplätze verdrängt. Durch die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und Leistungskürzungen werden Arbeitslose zum Lohndumping gezwungen.

CDU/CSU und FDP wollen aus dem Unmut über die Regierungspolitik politisches Kapital

schlagen. Ihre Alternative: Sozialabbau pur. Noch schärfere, noch tiefere Einschnitte in das soziale Netz.

Durch die „Bierdeckelkonzepte“ zur Steuervereinfachung von Merz und Co. gewinnen nur Großverdiener. Bezieher von geringeren Einkommen und die öffentlichen Haushalte hätten das Nachsehen. Doch Bund, Länder und Gemeinden brauchen Geld, um ihre Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen zu können.

In der Gesundheitspolitik wollen Merkel, Stoiber und Westerwelle den Systembruch: Der Solidarausgleich zwischen Einkommensschwachen und Besserverdienenden soll abgeschafft, und die Arbeitgeber sollen zunehmend von der Finanzierung der Krankenkassen freigestellt werden.

Und bei Arbeitszeiten und Niedriglöhnen lautet das Motto: „Schlimmer geht's immer!“

Es gibt Alternativen!

Wir brauchen eine soziale Politik, die umweltverträgliches Wachstum fördert, Arbeitsplätze schafft, Teilhabe und Mitbestimmung ausbaut und den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt. Wir brauchen Reformen, die diesen Namen verdienen, die solidarisch sind, die uns nach vorn bringen.

Die Gewerkschaften haben immer wieder Vorschläge gemacht:

Zum Beispiel in der Steuerpolitik: Es geht um mehr Gerechtigkeit und Transparenz!

Die Besitzer großer Vermögen müssen wieder zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Sie dürfen sich nicht ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

Wir wollen, dass breite Schultern mehr tragen als schmale. Wir wollen eine Steuerreform, die das Steuersystem gerechter und durchschaubar macht; und die den öffentlichen Haushalten die Finanzierung der notwendigen Aufgaben ermöglicht.

Wir fordern zum Beispiel:

- Gerechtere Steuertarife. Dies könnte durch einen Grundfreibetrag von 8000 Euro, einen Eingangssteuersatz von 15 Prozent und einen Spitzensteuersatz von zumindest 45 Prozent geschehen;
- die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften ab 500 000 Euro;

Wir brauchen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu bezahlbaren Beiträgen, paritätisch finanziert – von Allen und für Alle.

Wir fordern zum Beispiel:

- alle Menschen sollen auf Dauer zur Finanzierung der Krankenversicherung beitragen.
- mehr Solidarität bei der Finanzierung der Krankenversicherung: Wer mehr verdient, kann auch höhere Beiträge zahlen.
- eine „Positiv-Liste“, damit nur wirtschaftliche und wirksame Arzneimittel durch die Solidargemeinschaft der Krankenversicherung finanziert werden;
- den Ausbau eines Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Krankheiten vorbeugt.

Zum Beispiel Alterssicherung: Wir wollen eine Bürgerversicherung und die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung!

Wir brauchen eine gesetzliche Rente, die Altersarmut verhindert und den erarbeiteten Lebensstandard sichert. Paritätisch finanziert von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wir fordern zum Beispiel:

- Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung;
- der Bundeszuschuss darf nicht zurückgenommen werden;
- die betriebliche Altersversorgung muss gestärkt werden;
- keine Anhebung der Altersgrenze auf 67.

Zum Beispiel Arbeitszeit: Wir brauchen keine längeren, sondern humanere Arbeitszeiten!

Wir brauchen mehr Arbeitsplätze. Arbeitsplätze entstehen durch mehr Kaufkraft, mehr Innovationen und durch Flexibilität.

Wir fordern zum Beispiel:

- Den Erhalt und Ausbau der Tarifautonomie, damit die Tarifparteien beschäftigungsfördernde Arbeitszeiten vereinbaren können;
- ein Arbeitszeitgesetz, das vor beliebiger Arbeitszeitverlängerung schützt;
- einen Schutz von Arbeitszeitkonten bei Firmenpleiten.

Zum Beispiel Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik: Wir brauchen höhere Investitionen, mehr Qualifizierung und müssen die Nachfrage stärken!

Wir brauchen eine aktive Beschäftigungspolitik, die private und öffentliche Nachfrage und damit das Wachstum stärkt. Wir brauchen keine verschärften Zumutbarkeitsregelungen und Niedriglöhne. Wir wollen qualifizierte Arbeitsplätze mit Arbeitnehmerrechten und ausreichenden Einkommen.

Wir fordern zum Beispiel: • Ein europaweit abgestimmtes Investitionsprogramm für Kindergärten, Schulen, Hochschulen, für die Modernisierung der Energie- und Wasserversorgung sowie den öffentlichen Nahverkehr;

- den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztageeinrichtungen für Kinder;
- qualifizierte Ausbildungsplätze für Alle: „Wer nicht ausbildet, soll zahlen!“;
- eine stärkere finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand an Weiterbildungsmaßnahmen;
- Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung;
- einen erleichterten Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit;
- Zumutbarkeitsregelungen, die für Arbeitslose Tariflöhne, zumindest aber ortsübliche Löhne gewährleisten;
- Einkommen, die zum Leben reichen.

Ich unterstütze das Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik:

Wir brauchen mehr umweltverträgliches Wachstum, mehr Beschäftigung, mehr Chancengleichheit und mehr sozialen Zusammenhalt. Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten sind der falsche Weg. Sie führen zu mehr sozialer Ungerechtigkeit und verschärfen die wirtschaftlichen Probleme statt sie zu lösen. Alternativen zur Politik von Rot-Grün, aber auch zu den Kahlschlagkonzepten von Schwarz-Gelb sind machbar und überfällig. Deshalb unterstütze ich das Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik.

Wir fordern:

- Ein gerechteres, einfacheres und ergiebigeres Steuersystem – mit einer Vermögensteuer, die große Vermögen ausreichend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt!
- Statt Praxisgebühren und Rentenkürzungen – eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und bei der Alterssicherung!
- Die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung!
- Mehr Investitionen und soziale Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung!
- Statt Arbeitszeitverlängerung – humane Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit für Männer und Frauen!
- Statt Niedriglöhnen, verschärften Zumutbarkeitsregelungen und weniger Leistungen für Arbeitslose – mehr Kaufkraft und Einkommen, die zum Leben reichen!

- Steuerfreiheit für Zuschläge auf Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit erhalten;
 - die Schließung von Steuer-schlupflöchern und die Verhinderung von Steuerflucht;
 - europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen, um Steuerdumping zu verhindern.
- Zum Beispiel in der Gesundheitspolitik: Wir sind für eine solidarische Bürgerversicherung!

| Name | Vorname | Wohnort | Beruf oder Tätigkeit |
|------|---------|---------|----------------------|
| | | | |